

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

POLITIK, Leitartikel

Putzen, Profs und Patente

Schwarzarbeit, Elite-Universität, Innovation: Richtiges Ziel, falscher Weg /

Josef Joffe

Was haben Putzfrauen, Professoren und Patente miteinander zu tun? Sie alle sind plötzlich Objekt regierungsamtlicher Begierde geworden. Weg mit der Schwarzarbeit, her mit Elite-Universität und Innovation! "Der Staat wird's richten", doch kann er's nicht schaffen, weil er als Lösung genau das vorgaukelt, was die Missstände gezeugt hat. Neue Gesetze (und Peitschen) sollen den Schattenmann in die lichte Legalwirtschaft treiben, neue Gremien ("Innovationsgipfel") die deutsche Nobelpreis-Produktion beflügeln. Ein staatlicher Willensakt möge die kranke deutsche Universität für den Wettstreit mit Harvard und Stanford rüsten. Bloß kann der Staat gerade auf diesen Feldern nicht erzwingen oder erkaufen, was eine kluge Politik in Wahrheit nur ermöglichen kann - und muss.

Die Schattenwirtschaft: Die ist immer das Symptom, nie die Krankheit. Deshalb wird die Brigade von Zöllnern, die Hans Eichel ausheben will, auch mit ihrem dickeren strafrechtlichen Knüppel die Krankheit so gut bekämpfen wie Aspirin oder Opiat - nur symptomunterdrückend. Wobei selbst hier der Zweifel regiert. Einmal, weil das Unrechtsgefühl fehlt, das auch heftige Strafandrohungen (siehe Drogenkonsum) nicht herstellen können, wie Eichel wähnt. Zum Zweiten fehlen dem "Verbrechen" die Opfer, haben doch beide Seiten die gleichen Interessen am gemeinsamen Gewinn aus dem

dunklen Geschäft. Wer also soll wen verraten? Damit verschwindet ein klassischer Vorteil der herumschnürenden Fahnder.

Der Bürger als Täter

Was aber passiert, wenn kriminalisiert wird, was die "Täter" - also die Bürger - als nützlich, normal und notwendig betrachten? Der Verfolgungseifer fordert neue Überwachungskosten, die durch neue Steuereinnahmen nicht gedeckt werden. Denn allzu verlockend ist es selbst für Gesetzestreue, für eine Handwerkerstunde 15 Euro bar statt 45 nach Tarif zu bezahlen; diese Differenz überwältigt alle Tugend.

Jenseits vom Überwachungsapparat dräuen weitere Kosten, wird doch gern übersehen, dass Schwarzverdienendes das Sozialprodukt und damit das Steueraufkommen mehrt. Der Baumarkt floriert, die Telekom auch, gibt es doch keinen Schattenwirtschaftler ohne Handy für die Klientelpflege. Schließlich der Verlust an "allgemeiner Wohlfahrt", wie es die Ökonomen nennen. Wenn aber die Verfolgung wirklich greift, verschwinden die Dienstleistungen, die wegen ihrer Verteuerung durch Abgaben und Regulierungen nur schwarz nachgefragt werden. So ginge es allen schlechter, dem Staat nicht unbedingt besser - von der erhöhten Misstrauensquote durch schnüffelnde Büttel ganz zu schweigen.

Dies ist kein Plädoyer für die

Illegalität, sondern für eine kluge Politik. Am simpelsten wäre es, jedem Haushalt zu erlauben, (sagen wir) 3000 Euro für Kinder- und Vier-Wände-Pflege auszugeben, bevor solche Arbeit angemeldet werden muss. Eine EU-Studie (2001) drückt es so aus: "Zuviel Bürokratie ist eine wichtige Ursache nicht angemeldeter Arbeit"; dito ein "unbeweglicher Arbeitsmarkt, starre Gesetzgebung oder hohe Lohnnebenkosten". Eine dänische Studie registriert den höchsten Anteil in Dänemark, Norwegen, Schweden und Deutschland, also in Ländern mit hoch reguliertem Arbeitsmarkt. Im laxeren England schrumpft die Quote auf ein Drittel der dänischen.

Die Universität: Für diese gilt das Gleiche wie für den Schwarzmarkt. Sie sei, so der Chef der Deutschen Forschungsgemeinschaft Winnacker in der Welt, "ein gutes Barometer für den inneren Zustand eines Landes". Wie Schwarzarbeiter mit den Händen, votieren 100 000 Studenten mit den Füßen, zumeist für das Anglo-Ausland. Die Regierung aber will nicht die Krankheit kurieren, sondern ein paar hübsche Wellness-Center in Gestalt von "Elite-Universitäten" wie Stanford hinstellen. Diese aber käme auch in Amerika nicht mehr zustande, hatte doch Gründer Leland Stanford in den 1880er Jahren 3500 Hektar Land, dazu Gebäude und ein Kapital von fünf Millionen Dollar (heutiger Wert: 100) gestiftet, das nun auf acht Milliarden angewachsen ist und dessen Zinsen ein Zwei-Milliarden-Budget

Quelle: Die Zeit

Provided by GENIOS

mitfinanzieren.

Überhaupt ist der Vergleich mit Harvard & Co. unsinnig; von Amerika lernen heißt von seinen Staats-Universitäten lernen, von Berkeley, Virginia, Michigan, die unter den Top 25 rangieren und in einem ähnlichen Rahmen wie die deutschen agieren. Freilich können sie tun, was die deutschen nicht (oder nur zaghaft) dürfen. Sie können sich die besten Studenten aussuchen, Geld von ihnen nehmen (rund 5000 Dollar im Jahr), auf Leistungskontrolle pochen, die besten Professoren mit den besten Gehältern anwerben. Es herrscht kein Beamtenrecht, die Berufungen sind hoch transparent. Die Unis lassen sich, wie ihre Professoren, alljährlich messen; wer zurückfällt, wird sich im nächsten Jahr sputen.

Ein Tor, wer wähnt, dass derlei Wettbewerb nur Verschulung und Ellenbogen-Akrobatik gebiert. Warum sonst die vielen Nobelpreise der Amerikaner und Briten? Ist es nicht bizarr, dass die Deutschen scharfe Auslese bei Sport und Musik mit Weltklasse-Erfolg zulassen, aber nicht beim Wissen? Ist es nicht noch bizarrer, dass diese Regierung Studiengebühren verbietet, derweil Hunderte von Lehrstühlen gekippt werden? Die soziale Gerechtigkeit? Zum hundertsten Mal: Die gebührenfreie

Hochschule subventioniert die Mittel- und Oberschicht (85 Prozent der Studenten), also von unten nach oben. In Harvard bekommen 60 Prozent der Studenten Stipendien und Darlehen; ergo alimentieren die 40 Prozent Vollzahler die Ärmeren.

Humboldt lebt in Amerika

Ein "Harvard" an der Humboldt? Das wäre wie ein Schau-Läufer, der bloß Neid, aber keine Nachahmer nach sich zieht, weil die anderen kraft Systemstarre mit Blei an den Füßen antreten müssen. Diese Gewichte müssen ebenso verschwinden wie die unzähligen Hürden, die den Universitäten "Autonomie" nur dort gewähren, wo es um Privilegienschutz, nicht aber um Freiheit zur Vielfalt und Verantwortung für die eigene Qualität geht. Einen Di-Mi-Do-Professor gibt es in Berkeley ebenso wenig wie einen 20-Semester-Studenten.

Der "Innovationsrat": Dem droht das gleiche Schicksal wie allen "Runden Tischen" und "Bündnissen": Wenn er je entsteht, wird er das Gute predigen oder im kleinsten gemeinsamen Nenner versinken. Mehr Geld für die Forschung ist immer gut, noch besser aber sind - wie in der Hochschule - Reformen, die nichts kosten. Wie die Studenten ins Ausland, sind die

Forscher von der maroden Uni in die großen Institute à la Max Planck abgewandert oder nach Cambridge, England, und Cambridge, Mass. Der Verlierer war die Humboldtsche "Lehre aus Forschung", die einst Harvard inspirierte. Denn: Am MPI werden keine Studenten "frühzeitig an die Forschung herangeführt" (Winnacker). Begeisterung aber beginnt an den besten angelsächsischen Universitäten schon im ersten Semester, eigenständige Forschung an der Hand der Koryphäen schon im sechsten. Daraus folgt: Übertrage das Übertragbare, befreie die Universität von ihren endlos analysierten Gebrechen, und Humboldt kehrt aus Amerika zurück.

SPD-Generalsekretär Scholz wünscht sich "mehr Nobelpreisträger aus Deutschland". Aber wie heißt's im Kaufmann von Venedig? "Wäre es so leicht, als wissen, was gut zu tun ist, so wären Kapellen Kirchen geworden, und armer Leute Hütten Fürstenpaläste." Schwarzarbeit, Hochschule, Innovation: Die Berliner wünschen sich Paläste, ihre Staatsgläubigkeit führt zurück in die Buden.

Audio <http://hoeren.zeit.de>